



Eidgenössische Steuerverwaltung
Hauptabteilung Mehrwertsteuer
Schwarztorstrasse 50
3003 Bern

Bern, 30. September 2013

Vernehmlassung zur Pa.lv. Indirekter Gegenentwurf zur Volksinitiative «Schluss mit der MWST-Diskriminierung des Gastgewerbes!»

Sozialdemokratische Partei
der Schweiz

Spitalgasse 34
Postfach · 3001 Bern

Telefon 031 329 69 69
Telefax 031 329 69 70

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident
Geschätzte Damen und Herren

info@spschweiz.ch
www.spschweiz.ch

Wir danken Ihnen für die Zustellung der Unterlagen in diesem Vernehmlassungsverfahren der Kommission Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates. Wir nehmen gerne dazu Stellung.

Die SP Schweiz lehnt den indirekten Gegenentwurf zur Volksinitiative „Schluss mit der MWSt-Diskriminierung des Gastgewerbes!“ in der vorliegenden Form ab. Richtig ist zwar, dass die geltenden Trennlinie zwischen Gastronomie und Take-away nicht vollends zu befriedigen vermag. Leider zeigt sich aber im aktuellen Entwurf erneut, dass jede Revision zur Ausmerzung von steuerlichen Ungerechtigkeiten nur zu neuen Verzerrungen und Rechtsungleichheiten führt.

Mit dem vorgeschlagenen Entwurf würde das Mehrwertsteuerrecht mit einem neuen und äusserst fragwürdigen Kriterium zur Bestimmung des Steuersatzes bei Nahrungsmittel zusätzlich verkompliziert und gleichzeitig würde dadurch dem Verfassungsgrundsatz der Rechtsgleichbehandlung widersprochen.

Aus Sicht der SP ist die steuerliche Ungleichbehandlung von gastgewerblichen Leistungen und Take-away-Leistungen nicht per se unbegründet. Die unterschiedliche Besteuerung ist dadurch begründbar, dass der Kauf einer schnellen Verpflegung auf der Strasse viel mehr einem Lebensmitteleinkauf – und somit einem steuerlich entlasteten Grundbedürfnis entspricht, als das bei einem

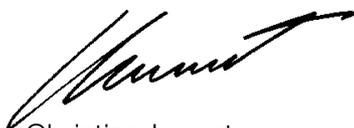
Restaurantbesuch der Fall ist. Die Einwände der Befürworter dieses Gegenentwurfs, wonach die Take-away-Branche weniger Ausbildungsplätze zur Verfügung stelle als das Gastgewerbe und der Verkauf über die Gasse das Littering fördere, sind sachfremd und für die Frage der Mehrwertbesteuerung irrelevant.

Es ist zudem fragwürdig und willkürlich, den Steuersatz von der Temperatur einer Mahlzeit beim Verkauf abhängig zu machen: Wieso soll beispielsweise ein exklusives Gericht wie Sushi tiefer besteuert werden als ein einfaches Gut wie ein Hotdog? Wieso soll ersteres, weil kalt, einem Grundbedürfnis entsprechen und der teilweise warme Hotdog nicht?

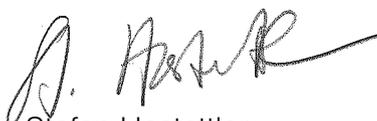
Aus den genannten Gründen lehnt die SP den vorliegenden Gegenentwurf zur Volksinitiative „Schluss mit der MWSt-Diskriminierung des Gastgewerbes!“ als nicht zielführend ab.

Wir danken Ihnen, geschätzte Damen und Herren, für die Berücksichtigung unserer Anliegen und verbleiben mit freundlichen Grüßen.

Sozialdemokratische Partei
der Schweiz



Christian Levrat
Präsident



Stefan Hostettler
stv. Generalsekretär